1. Zweck der Anerkennung

Umwelt- und Naturschutzvereinigungen engagieren sich für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Als „Anwälte der Natur“ fördern sie auch - in Verantwortung für die künftigen Generationen - die nachhaltige Nutzung der natürlichen Umwelt. Sie unterstützen den Staat dabei in der Erfüllung seines verfassungsrechtlichen Schutzauftrages (Artikel 20a Grundgesetzes / Artikel 69 Verfassung für Rheinland-Pfalz). Die Anerkennung von Umwelt- und Naturschutzvereinigungen verleiht diesen besondere Rechte, an umweltrelevanten Behördenverfahren mitzuwirken (Mitwirkungsrechte) und deren Entscheidungen verwaltungsintern und gerichtlich überprüfen zu lassen (Widerspruchs- und Klagerechte). Die Verleihung dieser Partizipationsrechte dient dem Zweck, das fachliche und örtliche Wissen der Umwelt- und Naturschutzvereinigungen für die behördliche und gerichtliche Entscheidungsfindung nutzbar zu machen, um gut informierte und ausgewogene Entscheidungen zu treffen.

2. Rechtsgrundlagen der Anerkennung

Deutschland hat das UN/ECE-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention) sowie die EU-Richtlinie 2003/35 über die Öffentlichkeitsbeteiligung (Öffentlichkeitsbeteiligungs-Richtlinie) umgesetzt. Die Zuerkennung der o.g. Partizipationsrechte bedarf in Deutschland einer behördlichen Anerkennungsentscheidung. Über die Anerkennung von Umwelt- und Naturschutzvereinigungen wird nach den Vorschriften des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) entschieden.

3. Rechte der anerkannten Vereinigungen

Die Partizipationsrechte, welche mit der Anerkennung den Vereinigungen verliehen werden, sind für Umwelt- und Naturschutzvereinigungen im BNatSchG bzw. LNatSchG sowie im UmwRG geregelt. Sie sind inhaltlich nicht deckungsgleich. Umweltvereinigungen - gleich ob vom Bund oder einem Bundesland anerkannt - stehen die allgemeinen Umweltverbandsklagerechte nach § 2 UmwRG zu. Sie können, ohne Verletzungen in eigenen Rechten geltend machen zu müssen, bei bestimmten Behördenentscheidungen oder deren Unterlassen die Einhaltung von Rechtsvorschriften verwaltungsintern (durch Widerspruch) und später gerichtlich (durch Klage) überprüfen lassen. Die überprüfbaren Behördenverfahren sind in § 1 UmwRG genannt. Naturschutzvereinigungen stehen in naturschutzrechtlichen Verfahren außer den Klagerechten nach UmwRG darüber hinaus **naturschutzrechtliche Widerspruchs-, Klage- und Mitwirkungsrechte** zu. Die Rechte und deren Umfang sind davon abhängig, ob die Naturschutzvereinigungen vom Bund oder von einem Bundesland anerkannt worden sind. Naturschutzvereinigungen, die vom Bund anerkannt sind, haben die Rechte nach § 63 Absatz 1 und § 64 BNatSchG, solche, die vom Land Rheinland-Pfalz anerkannt sind, die Rechte nach § 63 Absatz 2 und § 64 BNatSchG sowie § 31 und § 32 LNatSchG. Anerkannten Vereinigungen ist danach in bestimmten naturschutzrechtlichen Verwaltungsverfahren die Gelegenheit zur Stellungnahme und zur Einsicht in die einschlägigen Sachverständigengutachten zu geben.